

# Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint wöchentlich am Sonntag und Feiertagen.  
Bezugspreis (einschl. der entsprechenden Bezirksbeleg): Für Unterhaltungsblätter, Schwarzwasserblätter, Schwarzwasserblätter, böhmische Staatsblätter) drei Monate 1.80 RM, halbjährlich 3.30 RM, jährlich 6.00 RM. Bei Bestellungen außerhalb des Reichsgebietes sind die Postgebühren zu zahlen. Einzelnummern 10 Pf.  
Für Rückgabe unentgeltlich eingehender Zeitungsstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.

**Tageblatt** • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Bürgermeister zu Grünhain, Böhmisch, Reustädtel und Schneberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.  
Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Amtsgerichte in Aue, Schneberg, Schwarzenberg, Johanngeorgenstadt, des Oberbürgermeisters zu Aue und des Ersten Bürgermeisters zu Schwarzenberg.  
**Verlag E. M. Gärner, Aue, Sachsen.**  
Hauptgeschäftsstelle: Aue, Fernruf Sammel-Nr. 2541. Drahtanschrift: Volksfreund Aue/Sachsen.  
Geschäftsstellen: Böhmisch (Aue) 2940, Schneberg 310 und Schwarzenberg 3124.

Anzeigen-Nachweise sind bis am Samstag vor dem Erscheinungstag bis vormittags 9 Uhr in den Geschäftsstellen.  
Der Preis für die 22 mm breite Zeilenbreite ist 4 Pf., für die 30 mm breite Text- und Bildbreite 20 Pf., einschließlich 12 Pf. Gemeindefreie Bedingungen laut Preisliste 3.  
Bei Verlegung von hoher Hand keine Haftung aus irgendwelchen Gründen, bei Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes keine Haftung.  
Postfach-Nr. 12228, Leipzig.  
Gemeindefreie-Nr. Aue, Sachsen, Nr. 28.

Nr. 37.

Montag, den 14. Februar 1938.

Jahrg. 91.

## Amthliche Anzeigen. Reustädtel.

Zu dem Ortsgesetz der Stadt Reustädtel über eine einmalige Bauabgabe für Entwässerungsanlagen vom 28. Mai 1937 habe ich unterm 4. Februar 1938 einen 1. Nachtrag erlassen. Dieser Nachtrag liegt gemäß § 10<sup>a</sup> des Baugesetzes vom 15. Februar bis 14. März 1938 im Rathaus — Hauptkassette — während der üblichen Geschäftszeit öffentlich aus.  
Widersprüche sind bei Verlust des Widerspruchsrechts innerhalb dieser Frist bei dem Bürgermeister als Baupolizeibehörde zu erheben.  
Reustädtel, den 4. Februar 1938. Der Bürgermeister.  
Richter.

## Bekanntmachung.

Die Mitglieder der Unterhaltungsgenossenschaft für das Schwarzwasser werden hiermit zu einer

Donnerstag, den 24. Februar 1938, 16<sup>1/2</sup> Uhr  
in der Gastwirtschaft von Kurt Böhm in Schwarzenberg stattfindenden

## Genossenschaftsversammlung

### Tagesordnung:

1. Kenntnisnahme von der genehmigten Satzungsänderung vom 4. 8. 1937.
2. Vorlegung des Rechnungsabchlusses per 31. 8. 1937.
3. Nochmalige Vorlage des Haushaltsplanes vom 1. 4. 1937 bis 31. 8. 1938.
4. Auf- und Feststellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1938.
5. Festlegung der Beiträge für 1938.
6. Sonstiges.

Johanngeorgenstadt, am 13. Februar 1938.  
Die Unterhaltungsgenossenschaft für das Schwarzwasser.  
Der Vorstand.  
gez. Dr. Wedel, Vorsitzender.

die unter dem Deckmantel der Friedensliebe in Gang gesetzt würden. Dem irrsinnigen Gesindel der Agitatoren und berufsmäßigen Unruhefänger stelle Deutschland die ruhige Disziplin seiner bürgerlichen und militärischen Vaterlandsliebe und die ruhige Kraft seiner Arbeit gegenüber. Von dieser neuen Hege bleibe also nichts als der abermalige Beweis für das Vorhandensein einer organisierten Bewegung zurück, die mit ausgelegten Schwindelmeldungen eine Verschärfung der Spannung in Europa bezwecke. Wieder einmal habe man mit der Kriegspsychose arbeiten wollen. Die Londoner und Pariser Erfindungen hätten nur den Hauptzweck gehabt, die Genehmigung aller Rüstungsabgaben und die Schlussarmierung mit Sowjetrußland herbeizuführen. Dieser Terrorismus der Blige sei eine lebendige Schmach für die europäische Kultur und bilde eine offenkundige Widerlegung aller bei Festessen ausposaunten Redensarten von einem ehrlichen Zusammenleben der Völker.

## Abrechnungen mit der Volksfront.

Paris, 14. Febr. Bei dem Festessen der republ.-dem. Jugendverbände in Bordeaux hielt der ehemalige Ministerpräsident Flandin eine Rede, die in dem Ruf gipfelte: „Frankreich erwache!“

Vor Zeiten, betonte Flandin, hätten die Kommunisten und Sozialdemokraten bei den Militärausgaben die für diese notwendigen Summen einsparen wollen. Das sei heute nicht mehr so. Keine Regierung habe mehr Bestellungen an die Kanonenhändler gegeben wie diejenige Leon Blums und seiner Nachfolger. Die einzige in Frankreich blühende Industrie sei die Rüstungsindustrie, und zwar deshalb, weil die Rüstungen Frankreichs den Absichten der Kommunisten entsprächen! Aus Kriegslässigkeit heraus verleihe die kommunistische Partei ihre Hege zugunsten des Eingreifens Frankreichs bald in Spanien, bald in China usw. Und wenn Frankreich sich durch seine Rüstungen erschöpfe, zumal eine Außenpolitik der Entspannung mit Deutschland und Italien fehle, so bedeute auch dies Wasser auf den kommunistischen Mühlen, denn der Ruin der öffentlichen Finanzen beschleunige den Sturz des Regimes. Flandin sprach sich weiter gegen die Politik der Blockbildung aus. Es sei auch höchst zweifelhaft, ob gewisse Demokratien, die mehr Erfahrung hätten als die Franzosen, etwa Frankreich auf solchen Wegen folgen würden, die schließlich nur zum Kriege führen könnten. Die Schwierigkeit bestehe darin, die Anschauungen der Demokratien und jene der neuen Regime zusammenzuschmelzen, die sich in Rom und in Berlin, um nur die größten zu nennen, entwickelten und verstärkten. Die Volksfront sei unfähig, das Problem des Friedens zu lösen, noch unwirksamer seien aber die Lösungen, die sie in der Innenpolitik vorschläge. Man täusche das Volk und verberge ihm seine Fieberthermometer, indem man das Währungsthermometer zertrübe. Was habe man aus dem Ansehen Frankreichs gemacht? Frankreich sei heute nichts anderes als ein Stein auf dem Schachbrett selbst, auf dem fremde, ausländische Hände um das Schicksal Frankreichs spielten. Es dürfe nicht länger ertragen, daß das Ausland hier Verschwörungen schmiede, wodurch die eine Hälfte des Volkes gegen die andere gehegt werde. Es möge sich nicht in den nächsten Krieg schiden lassen, den man ihm als unvermeidlich hinstelle. Es sei nicht mehr die Stunde der Parteien, noch der parlamentarischen Kulisverbindungen, sondern es sei die Stunde des Volkes.

## Aussprache zwischen Adolf Hitler und Dr. Schuschnigg auf dem Oberjalsberg. Auf Einladung des Führers.

Berchtesgaden, 12. Febr. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg stattete heute in Begleitung des Staatssekretärs für die auswärtigen Angelegenheiten Dr. Guido Schmidt und des deutschen Botschafters v. Papen in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen v. Ribbentrop dem Führer und Reichskanzler auf dessen Einladung einen Besuch auf dem Oberjalsberg ab. Diese inoffizielle Begegnung entsprang dem beiderseitigen Wunsch, sich über alle Fragen, die

das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich betreffen, auszusprechen.

Wien, 13. Febr. Der Bundeskanzler ist im Sonderzug in den frühen Morgenstunden des Sonntags wieder in Wien eingetroffen, nachdem er abends 10 Uhr von Berchtesgaden abgefahren war.

## Gegen die wilde Gerüchtemacherei.

### In Polen beginnt man das Spiel der Unruhefister zu durchschauen.

Berlin, 12. Febr. Zu der eigenartigen Berichterstattung polnischer Blätter in den letzten Tagen schreibt die „Berliner Börsenztg.“: „Die Presse der polnischen Hauptstadt und die der Provinz gefielen sich in den letzten Tagen darin, ähnlich wie die Zeitungen der westeuropäischen Länder die unglaublichsten Gerüchte und die unfinstigen Kartarenmeldungen über die Ereignisse in Deutschland nach dem 4. Februar zu verbreiten. Es war eine wenig erfreuliche Tatsache, beobachten zu müssen, daß neben den südböhmischen Warschauer Zeitungen auch die polnischen Presseorgane sozusagen darin wetteiferten, die Deffentlichkeit durch Meldungen aus Deutschland in Erregung zu versetzen und in ständiger Unruhe zu halten, die durch keinerlei tatsächliche Vorgänge ihre Begründung hätten finden können. Wir wiesen schon darauf hin, daß dieser Verleumdungsfeldzug gegen das Deutsche Reich und die Haltung der Presse in feiner Weise mit dem deutsch-polnischen Presseabkommen zu vereinbaren sei. Die Reaktion der deutschen Deffentlichkeit auf dieses wenig erfreuliche Verhalten der polnischen Presse scheint in hiesigen politischen Kreisen entsprechende Aufmerksamkeit gefunden zu haben. Es machen sich heute abend gewisse Anzeichen dafür bemerkbar, daß das Spiel der Krisenmacher durchschaut wird und die Hege der letzten Tage als das angesehen werden, was sie in Wirklichkeit sind, nämlich bewußte Unruhefister. So darf man erwarten, daß die Vertreter der öffentlichen Meinung in Polen sich wieder darauf besinnen werden, daß es im Interesse beider Länder liegt, wenn die Berichterstattung wieder unter dem obersten Grundsatz journalistischer Anstandsspflicht gehandhabt wird, nämlich dem unbedingten Wahrhaftigkeit.“

mer in den verschiedenen europäischen Hauptstädten weiter die ausgefallensten Gerüchte im Umlauf. Die Herkunft dieser Gerüchte, die von anonymen Personen kolportiert wurden, sei dunkel. Aber nichtsdestoweniger fänden diese Lügen bei einem großen Teil von Zeitungsgläubigen. — Selbst der „Populaire“ wendet sich von den Gerüchten ab. Das Blatt schreibt, daß man doch nicht in den Fehler eines Teiles der ausländischen Presse verfallen solle, die sämtliche Ereignisse von Anfang an entstellen. Vernünftiger Weise müsse man doch wenigstens auf genauere Auskünfte warten.

## „Zyfflon phantastischer Katastrophenmeldungen.“

Rom, 14. Febr. Unter der Ueberschrift „Künstliche Einnebelung“ nimmt „Messaggero“ erneut gegen das Geschrei Stellung, mit dem die Londoner und die Pariser Presse die Maßnahmen des Führers immer noch umhüllt, und das nur mit dem „Seulen und Lärmen eines Regertanges“ verglichen werden könne. Was sich diese Presse leiste, gehöre nicht mehr in das Kapitel der üblichen böswilligen und tendenziösen Kommentare. Es handele sich vielmehr um einen regelrechten Zyfflon phantastischer Katastrophenmeldungen, in deren Wirbel die öffentliche Meinung der Welt vollends von Sinnen kommen soll. Hinter dem wilden Gezeir der Presse der „Großen Demokratien“ gegen den Führer, gegen die Achse Rom-Berlin und gegen den antikommunistischen Dreierpakt steck, wie das römische Blatt weiter ausführt, jedoch wesentlich mehr als die übliche Pressetampagne. Alle diese Gerüchte gehören in einen Aktions- und Angriffsplan, der zur Zeit in vollem Gange ist und von den Elementen der Unordnung und des Unfriedens vorgetragen werden soll. Unter ungeheurem Stimmenaufwand will man mit blutrünstigen Phantasten eine Panikstimmung schaffen und damit das erreichen, was die künstliche Einnebelung bezweckt, nämlich die Unruhe in Europa aufrecht zu erhalten und im Trüben zu fischen.

Während die Presse ihre Schwindelmeldungen in die Welt setzt, versucht die demokratische und sowjetrussische Diplomatie, durch Unterminierung den Angriff vorzutragen in der Hoffnung, etwas von dem verlorenen Gelände zurückzugewinnen zu können.

Auch „Giornale d'Italia“ wendet sich gegen die Hege-Kampagne der „freien Presse der großen Demokratien“, die geradezu ein „Wettrennen nach Lügenmeldungen“ bald um Deutschland, bald um Italien veranstalte. Eigentlich gehörten diese Lügenheger ins Irrenhaus. In dem Buch der Geschichte blieben diese ungeheuerlichen Herausforderungen verzeichnet.

Paris, 12. Febr. Die Presse rückt endlich von der wilden Gerüchtemacherei über Deutschland ab. Die „Epoque“ schreibt zum Beispiel, daß noch gestern die unerhörtesten Gerüchte über die Lage in Deutschland im Umlauf gewesen seien. Mit diesen Meldungen hätten die englischen Zeitungen alle Reforme geschlagen, die geeignet seien, eine Panik zu verbreiten. Das Blatt verweist auf die Mißstimmung, die alle diese Gerüchte in Berlin überall hervorgerufen hätten. — „Sournal“ meint, daß in Deutschland nicht das geringste Anzeichen von Fieberregung zu bemerken sei und nimmt mit folgenden Worten gegen die Gerüchte Stellung: „Trotz der Richtigstellung der deutschen Regierung und trotz aller Zeugenaussagen ausländischer Pressevertreter im Reich, die versichert hätten, daß die Ordnung in Deutschland nirgendwo gestört sei, seien noch im-

In Carcassonne veranstalteten am gestrigen Sonntag die rechtsgerichteten Parteien der sogenannten „Freunde der Freiheit“ eine Kundgebung. Der Abg. Henriot wandte sich gegen eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten. Einer solchen legte er den Namen „Léwinow-Regierung“ bei und sagte, das würde zur sofortigen Katastrophe führen. Dem französisch-sowjetrussischen Militärabnndnis stellte Henriot die Möglichkeit einer nationalen Wiederaufrichtung in Frankreich gegenüber. Frankreich dürfe sich nicht vom Auslande beherrschen lassen, sondern müsse sich selbst zum Herrn seiner Geschicke machen. Der Abg. Laittinger wandte sich gegen die Halb- und Halb-Methoden der Volksfrontregierung und Jaques Doriot, Vorsitzender der französischen Volkspartei, prangerte das Pattieren mit dem Kommunismus an. Er brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, daß sich mehr und mehr Parteien gegen diese Gefahr zusammenschließen.

## Beförderungen.

Berlin, 13. Febr. Der Führer hat mit Wirkung vom 1. Februar 1938 befördert: zum General d. R. Generalleutnant v. Goshler, Inspektor der Kav.; zu Generalen d. S. die Generalleutnanten v. Wintersheim, Komm. Gen. des Korpsstamm, XIV, Schrotz, Komm. Gen. des XII. U. R.; v. Schwebler, Komm. Gen. des IV. U. R., Ritter v. Schobert, Komm. Gen. des VII. U. R.; Busch, Komm. Gen. des VIII. U. R.; zum General d. I. Generalleutnant Halder, Oberquartiermeister I, zum General der Pioniere Generalleutnant Runge, Komm. des Kommandos des Kaiserslautern; zum Generalleutnant Generalmajor Gubertan, Komm. Gen. des Kommandos der Panzertruppen; zum Generalmajor Oberst Graf v. Sponeck, zur Verf. des Oberbefehlshabers des Heeres.